



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

Demokratie **leben!**

Aktiv gegen Rechtsextremismus,  
Gewalt und Menschenfeindlichkeit



## Dokumentation

# Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz“ im Bundesprogramm „Demokratie leben!“

19.09.2016 in Berlin

## Inhalt

---

### Fachaustausch zum Thema „Linke Militanz“

#### Thematische Einführung

*Thomas Heppener, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend*

#### Input I

**„Linke Militanz“ – Inhalte, Dynamiken und Etikettierungen von Moralunternehmenshaft.**

*Dr. Nils Schuhmacher, Hochschule Esslingen*

#### Berichte aus der Praxis

**Modellprojekt 1: Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt.**

*Gerold Hildebrand, Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen*

**Modellprojekt 2: Frontaldiskurs – Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien Kunst und Kultur.**

*Grit Fenner, Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e.V.*

**Modellprojekt 3: Beratungs- und Bildungsstelle »Annedore« für Demokratie, Recht und Freiheit (BBS »Annedore«).**

*Rüdiger José Hamm und Dr. Juliette Brungs, Stiftung SPI*

#### Filmvorführung

**Radikal. Extremismus, Propaganda, Medienkompetenz**

*Herausgeber: Hessisches Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE)*

#### Input II

**Ordnungspolitische Perspektiven auf „Linke Militanz“**

*Prof. Dr. Rafael Behr, Akademie der Polizei Hamburg*

#### Gruppenarbeit

#### Feedback und Ausblick

## Fachaustausch zum Thema „Linke Militanz“ – Thematische Einführung und Begrüßung

Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ fand am 19. September 2016 in Berlin ein Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz“ statt. Die Veranstaltung richtete sich an die im Themenfeld geförderten Modellprojekte sowie an interessierte Partnerschaften für Demokratie.

Im Themenbereich „Linke Militanz“ werden derzeit drei Modellprojekte gefördert, die Konzepte und Methoden der Prävention entwickeln, mit dem Ziel, demokratiefeindlichen Erscheinungsformen linker Militanz vorzubeugen und entgegenzuwirken. Dabei setzen die Projekte in den alltäglichen Sozialräumen von Jugendlichen an und erproben sowohl offline als auch online Distanzierungsstrategien mit Ansätzen der peer-basierten und multiplikatorischen Arbeit.

Die inhaltliche Auseinandersetzung während des Fachaustausches wurde von zwei Vorträgen begleitet: Dr. Nils Schumacher von der Hochschule Esslingen diskutierte in seinem Beitrag Begrifflichkeiten und Themenspezifika des Feldes. Prof. Dr. Rafael Behr von der Akademie der Polizei Hamburg beleuchtete „Linke Militanz“ aus einer ordnungspolitischen Perspektive.

Thomas Heppener, Leiter des Referats 125 „Demokratie und Vielfalt“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) eröffnete die Veranstaltung. Radikalisierung und Polarisierung stellen dieser Tage eine allgegenwärtige Herausforderung für demokratische Kräfte dar, konstatierte Heppener. Notwendig sei eine kritische Reflexion von

Einstellungs- und Handlungsmustern junger Menschen. Thomas Heppener warf daher die Frage auf: Wo fängt linke Militanz an und was sind hierbei demokratiefeindliche Erscheinungsformen?



Ein Ziel des Fachaustausches solle sein, sich über Erfahrungen im Themenfeld und über erfolgreiche präventiv-pädagogische Gestaltungsmöglichkeiten auszutauschen. Er schloss seine Begrüßung mit der Aufforderung an die Vertreterinnen und Vertreter der Modellprojekte, Impulse und Expertise zu diesem Themenfeld an das BMFSFJ zu übermitteln, sodass das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ die innovativen und modellhaften Ansätze weiterentwickeln könne.

Die Veranstaltung wurde vom Fachforum „Demokratie leben!“ organisiert und durchgeführt. In der hier vorliegenden Dokumentation werden die Inhalte der Veranstaltung sowie die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen zusammengefasst.

## „Linke Militanz“ – Inhalte, Dynamiken und Etikettierungen von Moralunternehmerschaft

**Dr. Nils Schuhmacher, Hochschule Esslingen**

*Dr. Nils Schuhmacher ist Dipl.-Politologe und Dipl.-Kriminologe. Derzeit ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter des Projekts „Rückgrat“ an der Hochschule Esslingen. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen politischer Protest, soziale Bewegungen, Jugendkulturen und Rechtsextremismus. In seinen jüngeren Forschungsarbeiten stellt er außerdem empirische Untersuchungen zur autonomen linken Szene an. Seine Dissertation „Nicht nichts machen? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa“ ist im Jahr 2014 erschienen.*



*Im Folgenden lesen Sie eine von Dr. Nils Schuhmacher verfasste Zusammenfassung seines Vortrags.*

### I. Drei begriffliche Vorbemerkungen

1. Der Begriff der „linken Militanz“ ersetzt im aktuellen Bundesprogramm mögliche andere Begriffe, wie etwa „Linksextremismus“, der in einem der beiden Vorläuferprogramme („Initiative Demokratie stärken“) zur Problem- und Phänomenbeschreibung Verwendung fand. Die Gründe dafür dürften vielgestaltig sein.

In die eine Richtung können *definitivische Gründe* eine Rolle spielen, die auf zwei Ebenen angesiedelt sind. Erstens kann generell infrage stehen, ob die verbreiteten formalistischen, das heißt auf Normen und Regeln der freiheitlichen demokratischen Grundordnung konzentrierten Bestimmungen des Phänomens „(Links)extremismus“ besonders erkenntnisfördernd sind. Schließlich verraten sie nur wenig über die Komplexität politischer Orientierungen und noch weniger über Entwicklungsdynamiken, Interaktionen und Zuschreibungsprozesse durch Dritte. Allzu oft bleiben sie damit beschränkt auf die (Re)Produktion des Bildes von der „guten Mitte“ und des „bedrohlichen Randes“.

Zweitens wurde darüber hinaus von mancher Seite (etwa auch von der Programmevaluation des genannten Bundesprogramms) zu Recht auf eine mangelnde „ideologische“, soziale und personelle Kontur eines Phänomenbereichs „Linksextremismus“ hingewiesen. Wenn in Bezug auf den Terminus „Rechtsextremismus“ immer mal wieder dessen stigmatisierender Beiklang erwähnt wurde, so muss man zum Terminus „Linksextremismus“ wohl sagen: Er ist in erster Linie ein Kampf- und Stigmatisierungsbegriff.

In die andere Richtung gibt es sowohl *paritätische* als auch *konjunkturelle Gründe*, diesen Phänomenbereich im Rahmen des aktuellen Bundesprogramms dennoch zum Gegenstand der pädagogischen Auseinandersetzung zu machen. Zum einen liegt auf der Hand, dass alle beteiligten politischen Akteure ihre Interessen in einem solchen Programm berücksichtigt sehen wollen. Zum anderen geben mit Gewalttätigkeiten verbundene Protestereignisse der jüngeren Zeit in verschiedenen Themenfeldern Anlass, nach Hintergründen, Erklärungen und pädagogischen Arbeitsansätzen in diesem Bereich zu fragen.

2. Allerdings bleibt in Bezug auf die Wahl des Begriffs allgemein festzuhalten:

Die mit ihm vorgenommene Engführung auf Gewalt beinhaltet die Gefahr einer doppelten Verzerrung. Erstens erhält dieser Bereich des Handelns eine sehr viele größere Bedeutung als ihm – nach allem was man weiß – im Alltag und Erleben der Akteure zukommt. Die vielfach behauptete Gewaltorientierung der Betrachteten ist damit eben nicht selten auch das Ergebnis eines Selektionsprozesses der Betrachtenden.

Zweitens ist zu bedenken, dass „Gewalt“ und „Militanz“ stets das Ergebnis von Interaktionen sind, an deren Zustandekommen und Verlauf eben kaum allein nur eine Partei beteiligt sein kann.

3. „Ideologie“ und „Gewalt“ sind damit nicht besonders geeignete Parameter, um diesen Phänomenbereich zu erfassen.

Das schließt weder aus, dass es eine Vielzahl an ideologischen Bezugssystemen gibt, noch, dass es im Rahmen politischen Handelns zu Gewalt kommt. Zur Gesamtbeschreibung bietet es sich aber möglicherweise an, andere Begriffe zu wählen, etwa jenen der „Moralunternehmenschaft“. Dies ist nicht nur bescheidener, sondern bietet auch die Möglichkeit, die Perspektive zu verändern. Der aus der kriminologischen Forschung stammende Begriff des „Moralunternehmers“ (*moral entrepreneur*) wäre allerdings nur in einer spezifischen Form stimmig. Gängiger Weise werden mit ihm a) Akteure bezeichnet, die die Deutungs- und Wirkungsmacht besitzen, andere Akteure als „abweichend“ zu etikettieren (ein klassisches Beispiel ist die *parental advisory*-Bewegung in den USA) oder b) Akteure benannt, die mit bestimmten Regeln unzufrieden sind und auf deren Änderung hinwirken (ein klassisches Beispiel ist die Abstinenzbewegung in den USA). Weder das eine noch das andere ist bei dem hier interessierenden Phänomenbereich der Fall. Erstens handelt sich um vergleichsweise marginalisierte Gruppen, zweitens liegt ihre „Durchschlagskraft“ v.a. im diskursiven Feld, drittens legen es diese Akteure nicht unbedingt auf Gesetzesveränderungen an, anders auch noch einmal als etwa Teile der großen sozialen Protestbewegungen der 1980er-Jahre zum Thema Abrüstung und Atomkraft. Dennoch lässt sich der Begriff an dieser Stelle verwenden, wird mit ihm doch betont, dass im Gesamten nicht eine geteilte Ideologie, sondern ein Bündel universalisierter moralischer Überzeugungen und Werte den Bezugspunkt darstellt, mit dem die Akteure antreten und die es ihnen erlauben, kurzlebige politische Bündnisse zu schließen oder soziale Zusammenhänge (Szenen) zu bilden.

## II. „Linke Militanz“

Aber auch in Bezug auf den hier im Zentrum stehenden Begriff der „linken Militanz“ ergeben sich verschiedene Fragen hinsichtlich seiner theoretischen und praxisbezogenen Tauglichkeit. Aus einer verstehensorientierten Perspektive lässt sich fragen:

- Mit welchen Inhalten wird der Begriff „Militanz“ von den verschiedenen Akteuren (den Betroffenen, den Sicherheitsbehörden, der pädagogischen Fachpraxis) gefüllt?
- Welche Formen der Aktivität gelten für wen und aus welchen Gründen als „problematisch“?
- Welchen Interaktionsdynamiken unterliegt die Entfaltung von „Militanz“ und „Gewalt“?

Allgemein fällt die Trennung zwischen „Militanz“ und „Gewalt“ im deutschen Sprachraum wenig trennscharf aus. Der Begriff „Militanz“ steht also weder in der Tradition der *militant democracy* (Karl Loewenstein während der NS-Herrschaft), aus der im Deutschen die „streitbare“ oder „wehrhafte“ Demokratie wurde, noch in der englischen Tradition, in der als *militants* die besonders aktiven und kämpferischen Aktivisten bezeichnet werden. Die Folgen oder auch Konturen dieser Begriffsverwendung lassen sich an dem Begriffspaar Militanz und Gewalt (siehe Tabelle 1) sowie thematisch an den Themenfeldern „Antifaschismus“ „Gentrifizierung“ und „Blockupy-Proteste“ (siehe Tabelle 2) illustrieren.

**Tabelle 1 - Militanz und Gewalt**

In der nachfolgenden Tabelle wird aufgezeigt und gegenübergestellt, wie die beiden Begriffe *Militanz* und *Gewalt* von Seiten der *Sicherheitsbehörden*, der *Forschung* und der *Akteure* selbst jeweils verstanden und verwendet werden.

Sicherheitsbehörden	Forschung	Akteure
<p>In sicherheitsbehördlichen Veröffentlichungen werden sowohl der Begriff der Gewalt als auch der Begriff der Militanz verwendet.</p> <p>Man kann somit davon ausgehen, dass sie unterschiedliche Sachverhalte bezeichnen sollen. Praktisch allerdings werden die Begriffe alternierend verwendet; eine analytische Unterscheidung wird nicht erkennbar vorgenommen.</p>	<p>In aktuellen (in ihrer Zahl überschaubaren) Forschungsarbeiten wird keine genaue Trennung der beiden Begriffe vorgenommen.</p>	<p>Militanz kennzeichnet die eigene und selbstbestimmte_(kämpferische) Grundhaltung und ist damit ein Identitätsmerkmal.</p> <p>Personale Gewalt stellt einen (allerdings nicht notwendigen) Teilbereich von Militanz dar.</p>
<p>Die Sicherheitsbehörden legen einen engen Gewaltbegriff zugrunde (= Gewalt als irreguläre und illegale physische Kraftanstrengung zur Durchsetzung eigener politischer Interessen). Darunter fallen als explizite Gewalttaten: (versuchte) Tötungen, Körperverletzungen, Brandstiftungen, Sprengstoffanschläge, gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Luft-, Schiffs- und Straßenverkehr, Raub und Widerstandsdelikte;</p> <p>in den erweiterten Bereich fallen: Sachbeschädigungen und ein Teil anderer Straftaten.</p> <p>Mit 2015 erfolgte durch das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) mit der Einführung des Begriffs der „Gewaltorientierung“ gleichzeitig eine definitorische Ausweitung bzw. Aufweichung.</p> <p>Unter den Begriff der Gewaltorientierung fallen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Gewalttätigkeit (gegen Personen oder Sachen);</li> <li>• Gewaltbereitschaft (Gewalt für sich selbst als legitimes</li> </ul>	<p>Aktuelle (in ihrer Zahl überschaubare) Forschungsarbeiten folgen einerseits oft einem ähnlichen Zuschnitt aus Einführung und Ausweitung.</p> <p>Andererseits erfolgt zum Teil eine Relativierung durch die Einführung der Kategorie „linke“ Militanz, mit der der politische Charakter einzelner Gewalthandlungen („Eventgewalt“) partiell infrage gestellt wird.</p>	<p>Es wird ein weiter Gewaltbegriff zugrunde gelegt, in dem erstens zwischen personaler und struktureller Gewalt unterschieden wird, der zweitens zwischen der zum Teil legalen, aber als illegitim aufgefassten Gewalt der anderen und der selbstlegitimierten Gewalt im Kontext eines militanten Selbstverständnisses differenziert.</p> <p>Militantes Handeln umfasst</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• vorgegebene Regeln von Autoritäten offensiv brechen,</li> <li>• Störungen,</li> <li>• Blockaden,</li> <li>• Gewalt gegen Sachen; Gewalt gegen Personen.</li> </ul> <p>Als nicht-militantes Handeln gelten demgegenüber z.B.:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• „Schottern“,</li> <li>• Sitzblockaden,</li> <li>• verbale Störungen,</li> <li>• situativ reaktives Handeln gegen polizeilichen Zwang (sich widersetzen).</li> </ul>

<p>Mittel ansehen);</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• Gewaltunterstützung (Tätigkeiten, die der Vorbereitung von Gewalt dienen);</li><li>• Gewaltbefürwortung (mit Appellcharakter befürwortend, animierend).</li></ul>		
<p>Die Motivlagen für Militanz bzw. Gewalt werden vereindeutigt: Sie werden als (ideologischer) Ausdruck einer gegen die Normen und Regeln der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichteten Haltung interpretiert bzw. dargestellt.</p>	<p>Die sicherheitsbehördlichen Perspektive wird relativiert durch die Betonung von verschiedenen Settings:</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• „unpolitische“ Event-Gewalt;</li><li>• situative Dynamiken, in der andere Parteien Einfluss auf den Ablauf des Geschehens nehmen,</li><li>• „jugendtypische“ Überschreitungen,</li><li>• „popkulturelle“ Eigenlogiken von Gewalt(darstellungen).</li></ul>	<p>Militanz und Gewalt sind eine Handlungsressource, deren kollektive und subjektive „Sinnhaftigkeit“ sich auch daraus ergibt, dass sie der eigenen Erfahrung und Einschätzung nach ziel führend sein kann. Sie schränkt den Gegner (etwa „Nazis und Rechte“, aber situativ auch die Polizei) ein. Sie ist gleichzeitig Garant für öffentliche / mediale Aufmerksamkeit.</p> <p>Sie ist zudem nicht nur im Sinne der Zielerreichung, sondern auch der Eigendarstellung und Selbstidentifizierung als „kämpferisch“ funktional.</p>

**Tabelle 2 – Themenspezifika**

Die nachfolgende Tabelle illustriert an ausgewählten Beispielen, dass sich Militanz und Gewalt, abhängig vom jeweiligen Thema und Konflikt-szenario, in ihren Ausmaßen, Formen und Interaktionsdynamiken stark voneinander unterscheiden können.

	Themenfeld „Antifaschismus“	Themenfeld „Gentrifizierung“	Blockupy-Proteste
<b>Hintergrund</b>	<p>a) Mikro- und mesopolitische Spannungen (Aufkommen rechtsextremer Aktivitäten und Gewalt, Bedrohungen im Peer-Kontext und Sozialraum, Anti-Flüchtlings-Diskurse, Rechtspopulismus in der Erwachsenen-gesellschaft, zumeist erlebt im eigenen Sozial-raum),</p> <p>b) Existenz einer entsprechenden Antifa-Szene ohne besondere sozialräumliche Konfliktlagen. Spezifische Rahmung und Aufladung von Thema und Konflikt durch historischen Hintergrund (NS)</p>	<p>Mesopolitische Spannungen („Umstrukturie-rungen“ und Aufwertungen von einzelnen, bislang „alternativ“ geprägten Wohnvierteln, Privatisierungen und Ökonomisierung des öffentlichen Raums).</p>	<p>Makropolitische Spannungen (globale Ver-teilungungerechtigkeit, Großthemen wie Flucht und Armut)</p>
<b>Alltags-relevanz</b>	<p>a) In suburbanen, kleinstädtischen und ländli-chen Räumen zum Teil starke Bedeutung gewalttätiger Auseinandersetzung mit nur zum Teil reziprokem Charakter in oft asymmetrischen Konstellationen („Verteidi-gende Gewalt“)</p> <p>b) in großstädtischen Räumen <u>zum Teil</u> nied-rig, zum Teil in umgekehrter Asymmetrie.</p>	<p>Urbanes Phänomen; Hohe Relevanz beschränkt sich auf spezifi-sche „Alternativ“-Quartiere;</p>	<p>Globales Phänomen; niedrige Alltagsrelevanz</p>

<p><b>Konflikt-szenarien</b></p>	<p>Kontinuierlich: (Abwehr-)Kampf gegen „Alltagstyrannen“</p> <p>Diskontinuierlich: Mobilisierungsereignisse mit spezifischen Fokussierungen (politische Gegner, Polizei), sowohl gegen Sachen als auch gegen Personen</p>	<p>Kontinuierlich, aber auch konjunkturabhängig, a) alltagseingelagert b) Mobilisierungsereignisse ohne spezifische Fokussierung v.a. in Form von Sachbeschädigungen</p>	<p>Diskontinuierlich Mobilisierungsereignisse (mit internationalem Charakter) mit Fokussierungen von Symbolen, (nachgeordnet auch) Polizei Sowohl gegen Sachen als auch gegen Personen</p>
<p><b>Perspektiven</b></p>	<p>„Kleine Politik“; Formulierung einer politischen Kritik an konkreten Missständen, in die allgemeine Bezüge und Anliegen eingearbeitet werden Kampf gegen und für Symbole, aber auch konkrete Objekte, Personen...</p>	<p>Ziele mittlerer Reichweite; alltagsweltliche Kapitalismuskritik Kampf gegen und für Symbole, aber auch konkrete Objekte</p>	<p>„Große Politik“; globalisierte Kapitalismuskritik Kampf gegen Symbole</p>

### Anknüpfungspunkte für weiterführende Diskussionen

Zum Ersten dürfte es in Bezug auf die Frage nach pädagogischen Anknüpfungspunkten darum gehen, den phänomenspezifischen Blick zu schärfen. Fragen, die sich hier stellen, sind beispielsweise:

- Welche Wertbezüge (welches Gesellschaftsbild) haben die Akteure?
- Wie verhält es sich mit der Alltags- und Identitätsrelevanz von Gewalthandeln?
- Wie sehen die Kontextbedingungen aus? Also: Welche gesellschaftlichen und diskursiven Rahmenbedingungen liegen vor, welche Problembeschreibungen sind hegemonial? Welche Handlungsspielräume besitzen die Akteure eigentlich?
- Wie sehen die Interaktions- und Etikettierungsdynamiken aus, die das Phänomen „politischer Abweichung“ mitproduzieren?

Zum Zweiten ist daran anschließend die Frage zu diskutieren, inwieweit mit dem Begriff und der Handlungsperspektive der „Deradikalisierung“ eine pädagogisch sinnvolle Perspektive verbunden werden kann. In jedem Fall fällt auf, dass die theoretische Klärung des Begriffs kaum mit dessen Etablierung im pädagogischen Fachdiskurs Schritt zu halten vermag. Nicht nur die für sich genommen negative Ausrichtung (im Sinne einer „Wegmach“-Pädagogik) müsste hier Anlass zu fachlichen Diskussionen geben. Der Begriff erscheint darüber hinaus auch kaum geeignet, die hier an mehreren Stellen erwähnten Differenzierungen aufzunehmen. Die Diskussion über und Auseinandersetzung mit Gewalthandeln wird aber nur sinnvoll zu führen sein, wenn sie sich a) an konkreten Konfliktszenarien orientiert und b) das Handeln anderer Beteiligten miteinbezieht – und dabei der Anspruch der Deeskalation in den Vordergrund der pädagogischen Konzeptentwicklung gestellt wird.

#### **Autor:**

Dr. Nils Schuhmacher  
Hochschule Esslingen  
Flandernstraße 101  
73732 Esslingen  
E-Mail: nils.schuhmacher(at)hs-esslingen.de

Im Anschluss an Nils Schuhmachers Vortrag wurde durch das DJI erläutert, dass der Begriff „Linke Militanz“ trotz aller Unschärfen bewusst gewählt worden sei. Ziel davon sei es, den Diskurs zu öffnen und Diskussionen darüber zu ermöglichen, ab

wann und weshalb linksmilitantes Verhalten als demokratiegefährdend eingestuft werden müsse. Der *Extremismus*begriff hingegen verenge den Diskurs und lege ein normatives Denken an Gesellschaft an, von dem man sich distanzieren wolle.

## Berichte aus der Praxis

### Modellprojekt 1:

#### Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart.

#### Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt

**Gerold Hildebrand, Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen**

*In der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen werden Aufklärungsseminare zum Thema „Linke Militanz“ angeboten, die sich in erster Linie an „gefährdete“ Jugendliche richten, aber auch Pädagoginnen und Pädagogen in den Blick nehmen. Ziel ist es, verfassungs- und demokratiefeindliche Einstellungsmuster zu thematisieren und die Teilnehmenden zu einer selbstständigen und kritischen Auseinandersetzung mit Gewalt und Linksextremismus anzuregen. Die Seminare sind modular aufgebaut und stellen sowohl historische Bezüge her, wie beispielsweise zur RAF und zur SED, als auch solche zu aktuellen Phänomenen, wie im Besonderen zur Antifa.*

*Im Folgenden finden Sie die PowerPoint-Präsentation von Gerold Hildebrand, mit der er das Modellprojekt vorstellte.*

**„Linke Militanz in  
Geschichte und Gegenwart“**

Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt

Gedenkstätte  
Berlin-Hohenschönhausen

Seminare und Workshops der  
Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Gefördert vom  
Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms  
Demokratie **leben!**

## Projektdaten

Gedenkstätte  
Berlin-Hohenschönhausen

### Bildungsangebot zum politischen Extremismus mit Schwerpunkt „Linke Militanz“

- Seminare und Projekttag in der Gedenkstätte oder direkt an Bildungseinrichtungen
- Zielgruppe
  - Junge Menschen, die gefährdet sind, sich zu radikalisieren (18-27 Jahre)
  - Mitglieder/Sympathisanten radikalisierter Cliques/Szenen/Gruppen
  - Multiplikatoren sowie staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure

Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart – Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

## Projektdaten

Gedenkstätte  
Berlin-Hohenschönhausen

### Bildungsangebot zum politischen Extremismus mit Schwerpunkt „Linke Militanz“

- Ziele
  - Schaffung eines Raumes zur kritischen Thematisierung verfassungswidriger und gewaltorientierter linksextremer Einstellungsmuster
  - Stärkung demokratischer Handlungskompetenz durch Aufklärung, Dialog und Reflektion
  - Wissensbildung über Möglichkeiten der demokratischen, gewaltfreien Mitbestimmung

Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart – Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

## Projektdaten

Gedenkstätte  
Berlin-Hohenschönhausen

### Bildungsangebot zum politischen Extremismus mit Schwerpunkt „Linke Militanz“

- Präventionsansatz
  - Die selbständige Auseinandersetzung mit Ideologie und Praxis linker Militanz
  - Die Konfrontation mit und Problematisierung von Gewalt sowie die kritische Aufarbeitung demokratiefeindlicher Handlungskonzepte
  - Die Unterscheidung demokratischen, radikalen und extremistischen Handelns
  - Die Grundlagenvermittlung zu Demokratie, Rechtsstaat und politischer Mitbestimmung
  - Die indirekte Erreichung der Zielgruppe über die Gleichaltrigen-Bezugsgruppe (peer-group-basierte Distanzierung)

Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart – Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

## Projektdaten

Gedenkstätte  
Berlin-Hohenschönhausen

### Bildungsangebot zum politischen Extremismus mit Schwerpunkt „Linke Militanz“

- Vermittlungsmethoden
  - **Module mit historischen Bezügen:** Tabletbasierter Workshop mit Sachtexten, Expertenstatements, Zeitzeugenberichten (Text, Audio, Video) und Aufgabenstellungen -> Diskussionsrunde
  - **Module zu aktuellen Handlungsfeldern:** Fallbeispiele mit regionalem Bezug zur Zielgruppe, situatives Rollenspiele mit Talkshow, Auswertung und Diskussion, Grundlagenvermittlung mit audiovisuellen Medien

Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart – Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen



## Projektangebot

**Grundlagenmodul:**

- 1) Linksextremismus – Was ist das?

**Module mit aktuellen Themen:**

- 2) „No capitalism!“ – Mit allen Mitteln und ohne Diskussion?
- 3) „Antifa heißt Angriff“ – mit Gewalt gegen Rechtsextremismus?
- 4) „Bomben bauen, Waffen klauen“ – mit Musik gegen die Demokratie?

**Module mit historischen Bezügen:**

- 5) Kommunismus – Eine gute Idee?
- 6) SED-Diktatur
- 7) RAF

Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart – Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen



## Einordnung des Modellprojektes innerhalb der Präventions- und Deradikalisierungsstrategie

Einsatz von Polizei und Verfassungsschutz	Abwehr von linksextremer Gewalt (spezifisch)
Gezielte Interventionen, Deradikalisierungsprogramme	
vertrauensbildende Maßnahmen (z.B. linke Zivilgesellschaft + Polizei zusammenbringen)	
<b>Bekämpfung gewaltbereiter linker Ideologien</b>	<b>&lt;- Projekt „Linke Militanz in Geschichte u. Gegenwart“</b>
Bekämpfung von nicht-gewaltbareitem Linksextremismus	
Projekte zur Förderung des innergesellschaftlichen (links-rechts) Dialogs und der Toleranz	
Programme zur sozialen und demokratischen Reintegration/Wege zurück in die Demokratie aufzeigen	Integration in demokratische Prozesse (allgemein)

Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart – Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

## Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Projekt-Team  
Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart

Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen  
Genslerstraße 66  
13055 Berlin

Email: [bildungsarbeit2@stiftung-hsh.de](mailto:bildungsarbeit2@stiftung-hsh.de)

Tel.: 030 / 986082-411

Internet: [www.stiftung-hsh.de](http://www.stiftung-hsh.de)

**Modellprojekt 2:  
Frontaldiskurs –  
Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien Kunst und Kultur**

**Grit Fenner, Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e.V.**

*Ziel dieses Modellprojekts, das sich an Jugendliche im Alter von 16 bis 27 Jahre richtet, ist es, Radikalisierung und Gewaltbereitschaft zu verhindern und gleichzeitig das Interesse von Jugendlichen an politischer Teilhabe und aktionsorientierten Handlungsformen in einem friedlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Sinne zu stärken. Kunst, Medien und kulturelle Aktivitäten sind hierbei zentral. Gewaltbereites Verhalten sei eine verkürzte Antwort auf legitime Fragen, die meist auf ein echtes Interesse an Gesellschaftsveränderungen verweisen, so Grit Fenner in ihrem Vortrag. Daher sei eine wertschätzende Haltung den Jugendlichen gegenüber grundlegendes Postulat bei Minor e.V.*

*Im Folgenden finden Sie die PowerPoint-Präsentation von Grit Fenner, mit der sie das Modellprojekt vorstellte.*

The image shows a screenshot of a PowerPoint slide. At the top left is the logo for 'minor', which consists of a dark blue square with a white dot and the word 'minor' in white lowercase letters. Below this logo is the text 'projektkontor für bildung und forschung e.v.' in a smaller font. To the right of the 'minor' logo is the word 'frontaldiskurs' in a large, bold font, with 'frontal' in blue and 'diskurs' in red. Below these logos is a horizontal blue line. Underneath the line is the word 'Frontaldiskurs' in a large, bold, blue font. Below this is another horizontal blue line. Underneath the second line is the text 'Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien, Kunst und Kultur' in a blue font. At the bottom of the slide, there is a horizontal blue line. Below this line, on the left, is the date '19.09.2016' and on the right is the text 'Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung e. V.'.

- **Minor** initiiert und führt (inter)nationale Bildungsprojekte für verschiedene „benachteiligte“ Zielgruppen durch und
- ist bundesweit und transnational in der Forschung, Beratung und Weiterbildung aktiv

- **Kernzielgruppe sind linksaffine Jugendliche zwischen 16 und 27 Jahren in Jugendeinrichtungen, Schulen, Sportvereinen und kulturellen Einrichtungen**
- Jugendliche, die sich in Frontstellung/ Konflikt mit der Kernzielgruppe befinden (mit unterschiedlicher politischer Orientierung und aus verschiedenen Milieus)

## Zugang zur Zielgruppe

---

- **Lokale Einrichtungen:** Träger der Jugendarbeit, Kultureinrichtungen, (Schulen, Berufsschulen)
- Durch enge Zusammenarbeit/ Kooperation mit Jugendzentren und Kultureinrichtungen, mit Künstlerinnen und Künstlern, Kunst- und Sozialpädagoginnen und -pädagogen, Trägern von Jugendhilfemaßnahmen, der offenen Jugendarbeit, der Straßensozialarbeit

## Ziele

---

- Einbindung von Jugendlichen in den gesellschaftlichen Diskurs zu **Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Untauglichkeit von Gewalt** als politische Ausdrucksform
- kritische **Reflexion** über ggf. radikale/ militante Handlungs- und Einstellungsmuster
- geeignete Handlungsstrategien und Methoden entwickeln, die einer Radikalisierung und Gewaltbereitschaft von Jugendlichen präventiv entgegenwirken
- Entwicklung von **alternativen Handlungsmöglichkeiten**
- das Verhalten von linksaffinen Jugendlichen in Konfrontationssituationen in den Blick nehmen



frontal**diskurs**

## Methodisches Vorgehen

- Arbeit in jährlichen Zyklen mit jeweils zwei Teilprojekten in Zusammenarbeit mit regionalen Partnern
- Kern der Teilprojekte sind Kunst-, Medien und Kulturaktivitäten, die von den Einrichtungen und Jugendlichen vorgeschlagen werden
- Ergänzung mit klassischen Formaten der politischen Bildung wie Diskussionsrunden, Workshops, Seminare
- Produktion von Kunstprodukten, die der Öffentlichkeit auf einer Abschlussveranstaltung präsentiert werden

19.09.2016

Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung e. V.

6



frontal**diskurs**

## Präventionsansatz

- Akzeptanz jugendkulturellen Verhaltens
- Keine Akzeptanz von Gewalt
- Anerkennung der Fragen von linksaffinen Jugendlichen als **legitim** und von einem echten Interesse an einer positiven Gesellschaftsentwicklung
- Wertschätzend linksorientierte politische Einstellungen aufgreifen und Stigmatisierungen vermeiden
- Radikaler Kritik Raum geben und Jugendlichen in einen Diskurs darüber einzubinden
- Konsequenter Beteiligungsansatz
- Lebensweltbezug: Einbindung der Themen der Jugendlichen
- Mit Angeboten der kulturellen und politischen Bildung Jugendliche zur reflexiven Auseinandersetzung mit den Motiven ihres Engagements und möglichen Gefährdungen anregen
- Augenmerk auf das Durchbrechen von Konfrontationsdynamiken

19.09.2016

Minor - Projektkontor für Bildung und Forschung e. V.

7

### Modellprojekt 3:

## Beratungs- und Bildungsstelle »Annedore« für Demokratie, Recht und Freiheit (BBS »Annedore«)

**Rüdiger José Hamm und Dr. Juliette Brungs, Stiftung SPI – Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May«**

*Die Arbeit der Beratungs- und Bildungsstelle Annedore richtet sich an Fachkräfte aus der Jugendarbeit. Ziel ist es, ihnen als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren Handlungsoptionen aufzuzeigen und diese mit ihnen einzuüben, für den Fall, dass sie mit sich radikalisierenden Jugendlichen in Kontakt stehen. Die Zielgruppe wird mit Workshops und Vorträgen erreicht, in denen u.a. Radikalisierungsverläufe diskutiert werden. Hauptsächlich zielen die Workshops darauf ab, das Demokratieverständnis der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren so zu stärken, dass sie für die Jugendlichen authentische Vorbilder sein können. Insgesamt verfolgt das Projekt einen ganzheitlichen Ansatz und möchte durch Demokratieförderung auf alle Formen von Radikalisierung und Gewaltbereitschaft reagieren.*

*Im Folgenden finden Sie die PowerPoint-Präsentation, mit der Rüdiger José Hamm und Juliette Brungs das Modellprojekt vorstellten.*



**Fachaustausch im Themenfeld „Linke Militanz“**  
19. September 2016

**Die BBS »Annedore«**

Gefördert vom  
Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms  
Demokratie leben!

In Kooperation mit:  
be mit Berlin  
POLIZEI BERLIN

Stiftung SPI  
Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May«  
Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel  
Gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts  
der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e.V.

## Projektdaten

benannt nach Annedore Leber (1904-1968)

- Bundesmodellprojekt zur Radikalisierungsprävention und gegen politisch motivierte Militanz

Laufzeit

- Beginn 2015 – Ende 2019

Ziel

- Sensibilisierung *für* demokratische Grundnormen und Stärkung der Handlungskompetenz *gegen* politische Radikalisierung

Zielgruppe

- Multiplikator/innen der Bildungsarbeit mit 14 - 27jährigen in den Bereichen Schule, Sozialarbeit und Sport

Ansatz

- *Phänomenbereichsübergreifend* werden Handlungsoptionen für den Umgang mit radikalen Tendenzen bei Jugendlichen entwickelt



## Der Ansatz der Beratungsstelle

**Ausgangsthese:** Mit Einsetzen der Pubertät beginnt die Suche nach Identität, Zugehörigkeit und Anerkennung; ein Gefühl sozialer Ungerechtigkeit und die Unzufriedenheit mit dem bestehenden politischen System kann zu Radikalisierungsprozessen führen



## Zusammenfassung

### BBS »Annedore«

- Radikalisierung: eine Zwischenstufe der Entwicklung im Jugendalter, die gesellschaftsfördernd wirken kann
- Pädagogisch arbeitende Multiplikator/innen müssen den Austausch mit den Jugendlichen anbieten und fördern
- BBS »Annedore« unterstützt und fördert die Handlungsfähigkeit der Multiplikator/innen durch Workshops, Beratungen, Vernetzung und kontinuierliche Zusammenarbeit FÜR Demokratie und GEGEN vermeintliche oder tatsächliche Radikalisierungen



**Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!**

**Kontakt:**

Stiftung SPI

Geschäftsbereich Stadtentwicklung, Ausnahme & Regel

Beratungs- und Bildungsstelle »Annedore« für Demokratie, Recht und Freiheit

Samariterstraße 19-20, 10247 Berlin

+49.0.30 41 72 56 28

+49.0.30 44 03 41 46 fax

[annedore@stiftung-spi.de](mailto:annedore@stiftung-spi.de)

[www.stiftung-spi.de/projekte/annedore](http://www.stiftung-spi.de/projekte/annedore)



## Filmvorführung: Radikal. Extremismus, Propaganda, Medienkompetenz.

**Herausgeber:**

**Hessisches Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) in Kooperation mit dem Hessischen Kultusministerium (HKM) und der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen)**



„Radikal“ ist ein Schul- und Lehrfilm, der sich an Schülerinnen und Schüler ab Jahrgangsstufe 8 richtet und die Gefahren von Extremismus thematisiert. Erzählt wird die Radikalisierungsgeschichte des 19-jährigen Simon, wobei aus derselben Ausgangssituation drei verschiedene Szenarien seiner Entwicklung entworfen werden: Der erste Strang zeigt seinen Weg in die linke Militanz. In der zweiten Variante wendet er sich der rechtsextremen Szene zu und in der dritten Sequenz wird er Teil der islamistisch-salafistischen Szene. Der Kurzfilm betont dabei, welche Rollen das Internet, die Peergroup, aber auch der Zufall in den Hinwendungsprozessen spielen. Der Film solle Ausgangspunkt für weiterführende Diskussionen sein und wird Lehrkörpern sowie außerschulisch tätigen Pädagoginnen und Pädagogen inklusive weiterem Unterrichtsmaterial kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Insgesamt wurde der Film von den Teilnehmenden als sehr gelungen bewertet, die seine Stärke insbesondere im phänomenübergreifenden Ansatz sahen. Dennoch gab es einige kritische Anmerkungen. So vermisste eine Teilnehmerin die Auseinandersetzung mit der Gender-Thematik, da weibliche Figuren im Film keine Rolle spielten. Dadurch werde das Bild des „aggressiven Mannes“ überzeichnet, während unbeleuchtet bliebe, dass auch Frauen Hinwendungsprozesse durchliefen und ebenso Teil der Zielgruppe seien. Weiterhin wurde von manchen Teilnehmenden angemerkt, dass die Ursachen für eine Radikalisierung zu einfach dargestellt

seien. Insbesondere wurde angezweifelt, dass der Zufall tatsächlich eine so starke Rolle spiele, wie es der Film nahelegt. Es gäbe für Jugendliche durchaus auch inhaltliche Gründe, sich einer Szene zuzuwenden. Deshalb bedürfe es einer themenspezifischen Prävention, die nicht notwendig wäre, wenn alles nur vom Zufall abhinge.

Weiterhin wurde problematisiert, dass die dramatischsten Konsequenzen von Simons Radikalisierung aus dem Aktivsein in der islamistisch-salafistischen Szene abgeleitet wurden. Ein solches Narrativ müsse in jedem Fall kritisch mit den Jugendlichen diskutiert werden, da sonst, im schlimmsten Fall, islam- und muslimfeindliche Einstellungen bestärkt werden könnten.

In einer vierten Rückmeldung wurde angemerkt, dass die Phänomenbereich in sehr kurzer Zeit und dadurch verkürzt nachgezeichnet würden. Eine solche, z.T. plakative Darstellung, müsse in jedem Fall mit den Jugendlichen reflektiert werden.

Gregor Dietz vom Hessischen Kompetenzzentrum gegen Extremismus betonte, dass der Film in jedem Fall nur ein Ausgangspunkt für eine Debatte über Extremismus sein könne. In erster Linie solle er der Ansprache von Jugendlichen dienen, an die sich eine kritische Auseinandersetzung anschließen müsse. Bisherige Rückmeldungen von Pädagoginnen und Pädagogen seien überwiegend positiv ausgefallen. Interessierte können den Film und das Begleitmaterial direkt über Gregor Dietz beziehen: [Gregor.Dietz@hmdis.hessen.de](mailto:Gregor.Dietz@hmdis.hessen.de)

## Ordnungspolitische Perspektiven auf „Linke Militanz“

**Prof. Dr. Rafael Behr, Akademie der Polizei Hamburg**

*Prof. Dr. Rafael Behr ist Professor für Polizeiwissenschaften mit den Schwerpunkten Kriminologie und Soziologie am Fachhochschulbereich der Akademie der Polizei Hamburg. Dort leitet er die Forschungsstelle für Kultur und Sicherheit (FoKuS). Zuvor war er 15 Jahre als Polizeibeamter in Hessen tätig. Seine Schwerpunkte in Forschung und Lehre liegen in den Bereichen Organisationskultur, empirische Polizeiforschung, Devianzforschung und ethnografische Kulturforschung. Viele seiner Publikationen handeln vom Umgang des staatlichen Gewaltmonopols mit gesellschaftlicher Diversität und analysieren die Organisationskultur der Polizei.*



*Im Folgenden lesen Sie eine von Rafael Behr verfasste Zusammenfassung der zentralen Thesen seines Vortrags.*

Die Idee des demokratischen Rechtsstaats ist – zumindest kann man das für den europäischen Raum sagen – fest verbunden mit der Herausbildung von Steuer- und Gewaltmonopolen, insgesamt mit dem, was Norbert Elias (1988) den „Prozess der Zivilisation“ genannt hat. Zivilisierung bezieht sich hierbei auf die Domestizierung privater Gewalt und deren Abgabe an den Staat. Die (legale und legitime) Staatsgewalt wurde fortan „potestas“ genannt, die (auf Schädigung von Personen ausgerichtete) Gewalt von Privatpersonen dagegen „violentia“.

Der Verdacht lag immer nahe, dass es zur Vollendung der Abgabe der Gewalt nicht gekommen sei und so hat der Staat früh nach Möglichkeiten gesucht, Verdachts- und Erkennungskriterien zu entwickeln, die ihm einen Angriff auf den Staat signalisieren. Das ist historisch einigermaßen bewegt vor sich gegangen und im Nationalsozialismus bis zur industriell betriebenen Unmenschlichkeit gesteigert worden. (Die Angst des Staates vor seinen Bürgern wurde dann später in der DDR wiederbelebt und fand auch dort einen paranoiden Ausdruck.) Im Nachkriegsdeutschland müssen wir die Angst vor dem „Feind von links“ sehr früh datieren. Ich würde ihren Ursprung darin sehen, dass die Westalliierten den Entnazifizierungsprozess deutschen Verwaltungspersonals mehr oder weniger halbherzig betrieben und auf diese Weise viele NSDAP-Mitglieder, aber auch aktive Nationalsozialisten, oft mit einem sogenannten Persil-Schein als bloße Mitläufer eingeordnet, wieder in Ämter gelangten, um staatliche Verwaltung auf- und auszubauen. So gelangten eben auch in die Justiz, in die Polizei und die Nachrichtendienste „Fachleute“, die ihr Fachwissen schon im nationalsozialistischen Staat angewendet hatten. Natürlich hatten diese nicht nur ihre Vergangenheit zu verbergen, sondern auch eine gewisse Grundangst vor dem Kommunismus habitualisiert. Dieser wurde im Zuge des sogenannten Kalten Krieges auch international weiterentwickelt und es bildeten sich „Blöcke“ des Westens und des Ostens, mit den jeweiligen Feinbildern.

### Historische und politische Rahmenbedingungen

In Deutschland kam es zu den ersten öffentlichen Wahrnehmungen eines „linken Protests“ beim Schah-Besuch in Berlin 1967. Es bildete sich eine „außerparlamentarische Opposition“ (APO), und im Zuge der sogenannten Studentenbewegung entstand auch ein „linker Antiautoritarismus“, verbunden zunächst mit dem „Aufstand gegen die Väter“ und einer Vielzahl von alternativen Bewegungen. Dies führte über viele Wege auch zum RAF-Terrorismus, der die Bundesrepublik bis an die Grenzen der demokratischen Belastbarkeit führte. Daneben und anschließend entwickelte sich die Friedensbewegung, die auch nie im Verdacht stand, „rechts“ zu sein, schon eher „links“, aber das war noch ein weiter Begriff. Militant war die Friedensbewegung jedenfalls nicht. Allerdings gab es auch weiteren Protest: Anti-Faschismus, Anti-Atomwaffen und Anti-Atomkraft, Protest gegen Umweltzerstörung etc. Das Feindbild „Linke“ wurde gepflegt und die Militanz gesellte sich – quasi als Radikalisierungsfolge – zum Protest hinzu. Denn immer gab es Menschen, denen die gesetzlich geregelten Protestformen nicht radikal genug waren. So entstanden „autonome Gruppen“, „Rote Zellen“, „Bunte Hilfen“ und eben die vielen Gruppen und Grüppchen, die unter dem Sammelbegriff „Antifa“ agierten. Aus der Konfrontation mit dem Staat wurde eine Konfrontation mit der Polizei, die sich sichtbar und „angreifbar“ mit den Protesten und Protestler\_innen, soweit sie auf der Straße zu sehen waren, auseinandersetzte. (In meiner eigenen „Jung-Polizisten-Zeit“, etwa ab 1975, wurden die Begriffe „Student“ und „Demonstrant“ von unseren Vorgesetzten synonym gebraucht.)

Die sogenannte linke Militanz zeigt sich in der Regel offener als „Konfrontationsgewalt“, als es rechte Militanz je tat. *Ein* Erklärungsmuster besteht darin, dass die Infragestellung nationalstaatlicher Autorität in „linken“ Ideologien stärker ausgeprägt ist als in „rechten“. Der Verweis auf das „Internationale“, aber auch die grundlegende Annahme einer „Gleichheit aller Menschen“ (was ein „ur-linkes“ Ideal ist, im Gegensatz zur rassenspezifischen Überlegenheitsideologie rechter Weltanschauung) stellt das nationalstaatliche Gewaltmonopol konsequenter in Frage und so wird „linke Militanz“ eher als Angriff auf den Staat verstanden und die Akteure wurden eher als Täter identifizierbar.

Die Polizei reagiert, quasi komplementär dazu, gegenüber einer Infragestellung ihrer Autorität empfindlicher als in anderen Tätigkeitfeldern ohne politischen Charakter bzw. in Feldern, in denen sie nicht direkt „Opfer“ wird. Dieser Umstand wirkt insbesondere dann, wenn sich zu der (manchmal intellektuell anspruchsvollen) Infragestellung bzw. Kritik noch eine gewisse juvenile Respektlosigkeit bzw. Formen adoleszenter Provokation gesellen. Der „hedonistische Aspekt“ linken Protestverhaltens wird in der Polizei nach meiner Wahrnehmung nicht genügend berücksichtigt, sodass – bei einer Dominanz des Staatsschutzgedankens – eher zu viel Geschlossenheit im „Hass auf den Staat“ angenommen wird als zu wenig.

Das Wissen der Staatsschutzabteilungen der Polizei sowie des Verfassungsschutzes ist kein „wissenschaftlich erhobenes Wissen“, sondern ein hinsichtlich der Verwertungsinteressen hierarchisch angeordnetes Wissen. Das heißt: Sowohl die Definition von „Linksextremismus“ ist eine polizeilich determinierte als auch die Einschätzung der Potenz linker Militanz. In der Regel entscheidet nicht die Sachbearbeiter- bzw. Expertenebene, welche Informationen in die Organisationsspitze gelangen.

Das Wissen um tatsächliche „Gewaltbegrenzungsdiskurse“ in der linken Szene ist in der Polizei gering ausgeprägt, zumindest gelangen solche Informationen nicht an die Öffentlichkeit. Auch werden die Prozesse, die zu einer Gewaltsamkeit führen, in der Regel nicht benannt (Ohnmachtserfahrungen im Zuge einer so erlebten Arroganz des Staates, Frustrationserfahrungen, das Erleben von Ungerechtigkeit etc.).

Oft beginnt die „militante Karriere“ mit einer Suche nach „alternativen Lebensformen“. So können „Eventgeneignetheit“ und politische Radikalisierung amalgamieren. Wird dann noch eine Szene von der Polizei durch verdeckte Maßnahmen ausgespäht (wie in Hamburg im Umfeld der Roten Flora geschehen), kann das zu einer Verhärtung führen.

In der Regel kommt es bei der polizeilichen Beurteilung von Protestverhalten auch zu einer Dichotomisierung der Demonstrationsskizzen: Damit werden bestimmte Gruppen abgewertet („Krawallmacher“, „Gewalttouristen“, „gewaltorientierte Jugendliche“, „reisende Gewalttäter“), denen „ordentliche Demonstranten“ gegenübergestellt werden. Durch das Vermummungsverbot im Jahr 1984 kam es in der Folge zu einer „strukturellen Überlegenheit“ der Polizei im Vergleich zum Erscheinungsbild der Demonstrationsskizzen. Die Schutzausstattung der Polizei führte nicht nur funktional zu einem besseren Schutz vor Gewalt, sondern auch immer wieder zu einer martialischen Überlegenheitsgeste. Insbesondere die für gewalttätige Demonstrationen ausgebildeten „Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten“ (BFE) bedienen das Bild des „überlegenen und unverwundbaren Staates“ (vgl. z.B. das Erscheinungsbild eines regulären BFE-Beamten unter <http://de.indymedia.org/images/2006/09/157725.jpg>, Zugriff am 26.09.2016)

### **Polizeiliche Organisationskultur**

Auch in der Kultur der Organisation liegen Gründe, weshalb „Linke Militanz“ sensibler verfolgt wird als rechte. Einer der wichtigsten Gründe liegt in der Grundhaltung als „wertkonservative Organisation“. Dies äußert sich weniger parteipolitisch als durch das eigene Selbstverständnis und die Auffassung über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft. Polizei lässt sich nicht gern infrage stellen, denn für sie ist klar, dass sie demokratisch legitimiert und prinzipiell fehlerfrei organisiert ist. Deshalb sucht sie auch nach sogenannten Kontinuitätsakteuren, also Nachwuchs, der sich ähnlich verhält wie man selbst, und sie vermeidet „Diskontinuitäten“. Störenfriede jedweder Art sind eher unerwünscht und dementsprechend selten in der Polizei zu finden.

Die eigene Hierarchie, in die auch die Berufsneulinge hineinsozialisiert werden, gilt als Matrix für die Wahrnehmung von Gesellschaft. So lebt die Polizei ziemlich umfassend in einer „Normen-Anerkennungskultur“, innerhalb derer Bürgerinnen und Bürger eben auch als „Herrschaftsunterworfenen“ konzipiert werden und eben nicht als „Kunden“. Dies wiederum führt dazu, dass die kulturhomogene Polizei ständig auf einen Arbeitsgegenstand stößt, in dem Heterogenität, Diversität und / oder Intersektionalität gelebt wird. Das führt zu Abstoßungsreaktionen und Fremdheitserlebnissen. Diese „Fremdheit“ ist gegenüber antiautoritären Subkulturen größer als gegenüber autoritären Subkulturen. Deshalb stehen „Linke“ immer im Verdacht, dem Ordnungsschema der Polizistinnen und Polizisten nicht zu entsprechen.

### **Personalbestand und „Cop Culture“**

Das Personal der Polizei ist, demografisch gesehen, kein „Spiegelbild“ der Gesellschaft, sondern in ihm repräsentieren sich die mittleren sozialen Lagen. Die Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten kommt aus Elternhäusern, in denen „Politik“ nicht zu den herausragenden Themen des Familienlebens gehört. Seit Jahrzehnten gruppieren sich die politischen Orientierungen um die sogenannten Volksparteien (SPD, CDU), es gibt wenige, aber zunehmend Sympathisanten der GRÜNEN, es gab zeitweise eine rechts der CDU angesiedelte politische Orientierung (Die Republikaner, die Partei Rechtsstaatlicher Offensive [„Schill-Partei“] in Hamburg; wie viele Polizeibeamte mit der AfD liebäugeln, wissen wir im Moment noch nicht, es dürften aber einige sein).

Die liberalen Parteien (FDP) spielen für Polizeibeamte keine erkennbare Rolle. Insgesamt sind die Polizei und ihr Personal politisch eher gemäßigt.

Einen großen Teil der Politisierung greifen die Berufsvertretungen ab, die quasi als Bindeglied zwischen den Interessen der Polizeibediensteten und den politischen Forderungen der Parteien stehen. Früher galt, dass die Gewerkschaft der Polizei (GdP) eher SPD-orientiert ist, die DPolG (Deutsche Polizeigewerkschaft) hingegen eher CDU-orientiert. Diese Bindungen scheinen mir heute eher aufzubrechen und einem quasi interessenbedingten Wechselspiel zu folgen. Gewerkschaftsfunktionäre reden mit allen Parteien und versuchen überall, Lobbyarbeit für ihre Interessen zu machen. Es besteht bei fast allen Polizistinnen und Polizisten eine starke Bindung und ein großes Vertrauen zum formalen Rechtssystem (Grundgesetz, Strafgesetzbuch, Polizeirecht, Versammlungsgesetz, Ordnungswidrigkeitenrecht). Mitarbeitende der Polizei haben wenig Erfahrung mit einer philosophischen Auseinandersetzung um zivilen Ungehorsam, dem Zustandekommen von Recht, sozialem Protest und verwandten Themen. Recht gilt also als formale Schranke und Eingriffsermächtigung für ihre Berufsrolle, hat aber keine „Materialität“, das heißt, es geht wenig um die Hintergründe und Inhalte, sondern mehrheitlich um die Form. Dies äußert sich auch im polizeilichen Vorgehen, das wesentlich darauf abzielt, das „Wie“ (prozedurale Rationalität) einer Maßnahme zu überlegen, nicht aber das „Warum“ (intentionale Rationalität). Erst in der Behördenspitze oder der politischen Führung der Polizei werden auch Grundsatzfragen über den Sinn und Zweck von Polizeimaßnahmen öffentlich artikuliert. Das führt beim Publikum oft zu einer Erfahrung bzw. Vermutung der Unfähigkeit oder Unwilligkeit von Polizistinnen und Polizisten zur politischen Auseinandersetzung „vor Ort“.

Im Wesentlichen ist die Kultur der Polizei keine, in der Neugier auf das Fremde, Kommunikation mit Neuem, Auseinandersetzung und Reflexivität einen wesentlichen Stellenwert haben. Die Auseinandersetzung mit schwierigen Kommunikationsbedingungen oder das Hinterfragen von Gegebenheiten wird weder in der Ausbildung systematisch eingeübt noch wird es nachgefragt. So stößt tatsächlich eine juvenile bzw. adoleszente Grundhaltung der Infragestellung von Autoritäten, die man auch in linken Milieus immer wieder ausmachen kann, auf das „Schweigen der Männer“ (wenn man mit „Männer“ einmal metaphorisch die Polizisten, aber auch die Polizei bezeichnen will – Frauen in der Polizei leiden meiner Erfahrung nach mehr als ihre männlichen Kollegen unter dem oft von Vorgesetzten aufgezwungenen Schweigegebot bzw. Fraternalisierungsverbot bei Demonstrationseinsätzen).

Der zum Teil lustvoll inszenierten, häufig aber auch aggressiven Infragestellung des staatlichen Gewaltmonopols durch linke Aktivistinnen und Aktivisten haben Polizisten vielfach nichts Adäquates entgegenzusetzen und so stehen sich in der direkten Auseinandersetzung oft eine „linke Performanz“ und „polizeiliche Disziplin“ relativ fremd gegenüber.

Es scheint angebracht, auch in Zeiten der Zuspitzung von „Feindbildern“ nach Möglichkeiten des Dialogs und der Deeskalation zu suchen. Dies gelingt aber nicht, indem man (wie in Hamburg geschehen) mittels verdeckter Ermittlerinnen und Ermittler eine als militant deklarierte Szene aufzuhellen versucht, sondern allenfalls dadurch, dass man sich offen darum bemüht, diejenigen kommunikativ zu erreichen, die sich Dialogfähigkeit bewahrt haben. Das kann die Polizei nicht alleine, sondern es bedarf „intermediärer Institutionen“: Das können Ehrenamtliche sein, politische Parteien und ganz besonders die zahlreichen Institutionen der politischen Bildung.

**Literaturempfehlungen:**

- Behr, Rafael (2008): Cop Culture – Der Alltag des Gewaltmonopols. Männlichkeit, Handlungsmuster und Kultur in der Polizei, 2. Auflage, Wiesbaden
- Behr, Rafael (2006): Polizeikultur. Routinen – Rituale – Reflexionen. Bausteine zu einer Theorie der Praxis der Polizei, Wiesbaden
- Hess, Henner/ Scheerer, Sebastian / Steinert, Heinz (1988): Angriff auf das Herz des Staates, 2 Bände, Frankfurt am Main
- Hoffmann, Karsten Dustin (2011): „Rote Flora“, Baden-Baden 2011
- Hoffmann, Karsten Dustin (2013): Linksextremismus im Spiegel von Wissenschaft und Publizistik, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Dossier Linksextremismus, herunterzuladen  
ter <http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/169852/linksextremismus-im-spiegel-von-wissenschaft-und-publizistik> (Zugriff am 30.09.2016)

**Autor**

Prof. Dr. Rafael Behr  
Akademie der Polizei Hamburg  
Kriminologie, Soziologie  
Baarkamp 3B  
22297 Hamburg  
E-Mail: rafael.behr(at)polizei-studium.org

## Gruppenarbeit

Am Nachmittag wurde in zwei Gruppen zu folgenden Fragen diskutiert:

*Aus welchen Bereichen der Radikalisierungsprävention können Ansätze übernommen werden – wo bestehen Unterschiede? Was ist das Spezifische an der Arbeit mit gegenüber Linksextremismus affinen Jugendlichen?*



Ein Teilnehmer wies zu Beginn der Diskussion darauf hin, dass es zwar langjährige Erfahrungen in der präventivpädagogischen Arbeit mit Jugendlichen gebe, die sich in einem Hinwendungsprozess zur rechtsextremen Szene befinden. Die Prävention von demokratiefeindlichem Islamismus hingegen sei jedoch noch kaum erprobt sei. Daher würde er die Frage darauf zuspitzen, ob aus der Arbeit gegen Rechtsextremismus Ansätze übernommen werden könnten.

Die Meinungen hierzu gingen auseinander. Viele der Teilnehmenden äußerten sich skeptisch. Es gebe zwar Gemeinsamkeiten in den Hinwendungsprozessen, aber dennoch seien die Zielgruppen zu unterschiedlich. Linke Jugendliche seien politisch oft sehr gebildet und eloquent. Mit ihnen seien Diskussionen häufig auf hohem Niveau möglich und auch nötig.

Ein anderer Teilnehmer wies daraufhin, dass offene Jugendarbeit an sich eine linke Tradition sei und linke Jugendliche vielfach selber Produzentinnen und Produzenten pädagogischer Angebote seien. Selbstorganisierte Projekte durchzuführen gehöre zum Selbstverständnis vieler linker Jugendlicher. Dieses politische Potenzial und das Reflexionsvermögen linker Gruppen lasse sich beispielsweise besonders

im ländlichen Raum auf eine positive und sinnvolle Weise mit dem lokalen Engagement für eine Willkommenskultur verknüpfen. Andererseits würden das politische Bewusstsein und die Fähigkeit zur Selbstorganisation häufig auch zu einer prinzipiellen Ablehnung von pädagogischen Angeboten führen, in denen sich die Jugendlichen zu Adressaten „degradiert“ fühlten. Nicht selten sähen sich daher Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit der Frage konfrontiert, was sie linken Jugendlichen eigentlich bieten könnten.

Ein Vorschlag hierzu lautete, sich ein Element des Konzepts der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit herauszugreifen, um dieses dann konkret zu thematisieren. In der linken Szene seien besonders Debatten über Israel-bezogenen Antisemitismus notwendig. Was die Gemeinsamkeiten anbelangt, wurde festgehalten, dass die Notwendigkeit, vor der Radikalisierung anzusetzen, für alle Phänomenbereiche gleichermaßen gelte. Prävention sei ein realistisches Ziel pädagogischer Praxis. Erfolgreiche Intervention hingegen sei sehr schwer zu realisieren – schon allein deshalb, weil sich der Zugang zu radikalen und demokratiefeindlichen Subsystemen als große Herausforderung darstelle.

Themenübergreifend hätten sich Ansätze der peerbasierten Arbeit ebenso bewährt wie die Wirkmächtigkeit von Vorbildern. Eine gemeinsam zu diskutierende Thematik sei die übergeordnete Frage, wie Demokratie jungen Menschen als attraktives und unterstützenswertes System vermittelt werden könne.



## Feedback und Ausblick

Der Fachaustausch endete mit einer Blitzlichtrunde. Alle Teilnehmenden äußerten sich positiv über die Veranstaltung und werteten diese als zufriedenstellend. Dies äußerte sich auch in der regen Annahme des Angebots zum fachlichen Austausch zwischen allen Beteiligten. Auch die Rückmeldungen zu den beiden Vorträgen fielen durchweg positiv aus. Einige Teilnehmende wünschten sich noch mehr Zeit für Erfahrungsaustausch und Interaktion. Für kommende Fachaustausche wurde ange-

regt, Abstracts der Vorträge sowie Literaturempfehlungen im Vorfeld an die Teilnehmenden zu verschicken, so dass eine inhaltliche Vorbereitung und Einstimmung auf die Veranstaltung erleichtert würde. Insgesamt zeichnete sich der Fachaustausch durch eine engagierte, offene und kollegiale Arbeitsatmosphäre aus. Das Fachforum „Demokratie leben!“ bedankt sich an dieser Stelle herzlich für die Beiträge der Referierenden während des Austauschs sowie zu dieser Dokumentation.



## Anhang:

### Teilnehmende am Fachaustausch „Linke Militanz“

Nachname	Vorname	Institution	Ort
Behn	Sabine	Camino gGmbH	Berlin
Prof. Dr. Behr	Rafael	Akademie der Polizei Hamburg	Hamburg
Bewig	Nina	VIA e.V. Verband für interkulturelle Arbeit	Berlin
Dr. Brungs	Juliette	Stiftung SPI	Berlin
Chalfoun	Johanna	Nachbarschaftsheim Neukölln e.V.	Berlin
Chung	Carl	Stiftung SPI	Berlin
Dietz	Gregor	Hessisches Innenministerium (HKE)	Wiesbaden
Dietze	Katrin	Landratsamt Mittelsachsen	Freiberg
Fenner	Grit	Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e.V.	Berlin
Frauendorfer	Helmuth	Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	Berlin
Freckmann	Henriette	Fachforum „Demokratie leben!“	Berlin
Haese	Kathrin	Bezirksamt Lichtenberg Jugendamt	Berlin
Hamm	Rüdiger José	Stiftung SPI	Berlin
Heiderhoff	Andrea	Fachforum „Demokratie leben!“	Berlin
Heppener	Thomas	BMFSFJ	Berlin
Hildebrand	Gerold	Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	Berlin
Hoffmann	Elisabeth	Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e.V.	Berlin
Dr. Kiepenheuer-Drechsler	Barbara	Fachforum „Demokratie leben!“	Berlin
Klier	Alexander	BAFZA	Schleife
Knieper	Rolf	Landesjugendamt Rheinland-Pfalz	Mainz
Kromm	Janine	Regenbogenbus e.V. / KONTRAST	Striegistal-Böhrigen

Nachname	Vorname	Institution	Ort
Lehnert	Tom	BAFzA	Schleife
Dr. Leistner	Alexander	DJI	Halle
Lucas	Silvia	Vogelsbergkreis	Lauterbach
Luft	Thomas	Vogelsbergkreis	Lauterbach
Molls	Anne	BMFSFJ	Berlin
Ochs	Karl-Heinz	Minden – Für Demokratie und Vielfalt e.V.	Minden
Randel	Christian	BaFzA	Schleife
Scheifler	Peter	CJD Nord	Waren (Müritz)
Schieferdecker	Sara	Institut B 3	Dresden
Schubert	Martin	Fachforum „Demokratie leben!“	Berlin
Dr. Schuhmacher	Nils	Hochschule Esslingen	Esslingen
Dr. Steil	Armin	DJI	Halle
Teßmann	René	Stadtverwaltung Burg	Burg
Wenzel	Henry	Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen	Berlin
Wiesner	Maximilian	EJBW	Weimar

## Projektbeschreibungen der im Themenfeld geförderten Projekte

### **Präventionsprojekt „Linke Militanz in Geschichte und Gegenwart. Aufklärung gefährdeter Jugendlicher über Linksextremismus und Gewalt der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen**

Das Projekt will im Rahmen der antitotalitären Ausrichtung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen eine kritische Auseinandersetzung mit linker Militanz fördern. Ziel ist es, gefährdete Jugendliche über die jeweilige peer group auch indirekt zu erreichen durch eine Diskussion im Klassen- bzw. Kursverband. Angestrebt wird eine Stärkung demokratischer Kompetenzen Heranwachsender, die sich mittels peerbasierter Distanzierung auch auf ihre soziale Umgebung auswirken soll. Hauptzielgruppe der Aufklärungsarbeit sind Jugendliche in der gymnasialen und beruflichen Oberstufe sowie in Berufsschulen und anderen Bildungseinrichtungen, die in Gefahr stehen, sich politisch zu radikalisieren. Die an den Seminaren Teilnehmenden (TN) sollen zur selbständigen Auseinandersetzung mit Ideologie und Praxis linker Militanz motiviert und gegen demokratiefeindliche linksextreme Handlungskonzepte immunisiert werden. Das bundesweit unterbreitete Seminarangebot besteht aus einem Grundlagenmodul und Modulen mit verschiedenen aktuellen oder historischen Themen. Aktuell angeboten werden besonders die neu entwickelten Module „*‘No capitalism!’ – Mit allen Mitteln und ohne Diskussion?*“ und „*‘Antifa heißt Angriff’ – mit Gewalt gegen Rechtsextremismus?*“. Verschiedene Wahlthemen können bei entsprechenden Zeitressourcen frei gewählt und miteinander kombiniert werden. Unsere Seminare beinhalten neben den theoretischen Grundlagen hauptsächlich Gruppenarbeiten sowie Rollenspiele und Auswertungsdiskussionen. Die Inhalte werden durch Dokumente, Fotos, Videos oder Audiodateien teilweise über Tablet-PCs sowie Arbeitsblätter vermittelt. Alle Module umfassen Grundlagen zur Demokratie, zum Extremismusbegriff sowie Argumente für eine gewaltfreie demokratische Konfliktbearbeitung und politische Mitwirkung. Unsere Neukonzeptionierung beruht auf einer Verteilung des i.d.R. 90-minütigen Seminars:

- a) Grundlagen Demokratie und Rechtsstaat (ca. 20 Min.)
- b) Einführung Extremismus/Linke Militanz (ca. 25 Min.)
- c) Wahlthema – Arbeitsphase (ca. 30 Min.)
- d) Plenum – Auswertung (ca. 15 Min.)

Im ersten Teil werden demokratische Regeln wie Pluralismus und Menschenrechte auch mittels spielerischer Komponenten vergegenwärtigt. Dann werden per Brainstorming Vorkenntnisse zum Problembereich politischer Extremismus abgerufen und wesentliche Merkmale zusammengetragen: dogmatische Ideologie mit absolutem Wahrheitsanspruch, Feindbildproduktion, Kompromissunfähigkeit und Gewaltbereitschaft. Die TN informieren sich in der Arbeitsphase in Gruppen über ideologische Begründungen, historische Traditionslinien und aktuelle Formen linker Militanz. Ihre Antworten auf spezifische Fragestellungen präsentieren sie im Rahmen einer Gruppendiskussion oder eines Rollenspiels, wobei sie auch zu einem Perspektivwechsel herausgefordert werden und Argumente entwickeln müssen.

#### Kontakt:

Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen

Genslerstraße 66

13055 Berlin

Ansprechperson: Gerold Hildebrand

[bildungsarbeit2@stiftung-hsh.de](mailto:bildungsarbeit2@stiftung-hsh.de)



## **Frontaldiskurs – Konfrontationen die Stirn bieten mit Medien Kunst und Kultur**

Übergreifendes Ziel des Modellprojektes ist es, das Verhalten von linksaffinen Jugendlichen in Konfrontationssituationen in den Blick zu nehmen.

Wertschätzend werden linksorientierte politische Einstellungen aufgegriffen und Stigmatisierungen vermieden. Darauf aufbauend sollen geeignete Handlungsstrategien und Methoden entwickelt werden, die einer Radikalisierung und Gewaltbereitschaft von Jugendlichen präventiv entgegenwirken.

Das Projekt zielt darauf ab, dass Jugendliche in ihren demokratischen Einstellungen gestärkt, gleichzeitig aber auch gegebenenfalls radikale oder militante Handlungs- und Einstellungsmuster im Hinblick auf Konfrontationen kritisch reflektieren und alternative Handlungsmöglichkeiten entwickeln. Dabei wird ein Schwerpunkt auf Konfrontationen bei aktionsorientierten Handlungs- und Protestformen wie Demonstrationen, Blockaden, Besetzungen usw. gelegt.

Andererseits soll auch die mediale Ebene von Konfrontationen wie beispielsweise bei Mobilisierungen im Internet oder über Aufkleber, Presse etc. beleuchtet werden.

Frontaldiskurs zielt ferner darauf ab, Jugendliche in den gesellschaftlichen Diskurs zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Untauglichkeit von Gewalt als politische Ausdrucksform und gesellschaftlichen Zusammenhalt einzubinden. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Verknüpfung von Methoden aus der kulturellen und der politischen Bildung unter größtmöglicher Beteiligung der Jugendlichen und dem Respekt für ihre Fragen an die Gesellschaft. Als geeignetes „Transportmittel“ für die Umsetzung des politischen Diskurses dienen gemeinsame Kunst-, Medien- und Kulturaktivitäten und deren Präsentation und Diskussionen in der Öffentlichkeit.

Kernzielgruppe des Projektes sind linksaffine Jugendliche zwischen 16 und 27 Jahren in Jugendeinrichtungen, Schulen, Sportvereinen und kulturellen Einrichtungen. Das Projekt bezieht Jugendliche aus verschiedenen Milieus und unterschiedlicher politischer Orientierung mit ein.

Frontaldiskurs wird durch das Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ) und die Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) gefördert und von Minor umgesetzt.

### Kontakt:

Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e.V.  
Alt Moabit 73  
10555 Berlin  
Ansprechperson: Grit Fenner  
[minor@minor-kontor.de](mailto:minor@minor-kontor.de)



projektkontor  
für bildung und forschung

## **Beratungs – und Bildungsstelle »Annedore« für Demokratie, Recht und Freiheit (BBS »Annedore«)**

Die Beratungs- und Bildungsstelle »Annedore« für Demokratie, Recht und Freiheit, benannt nach der deutschen Widerstandskämpferin Annedore Leber (1904 – 1968), ist ein Bundesmodellprojekt zur Prävention politisch motivierter Militanz und zur Stärkung freiheitlich-demokratischer Grundwerte und Normen in Kooperation mit der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft, der Senatsverwaltung für Inneres und Sport/Abt. Verfassungsschutz.

In zunehmendem Maße beobachten wir derzeit Radikalisierungsprozesse in verschiedenen Bereichen unserer Gesellschaft. In der gegenwärtigen Lage ist eine Stärkung der demokratischen politischen Kultur in der Gesellschaft und ihren Einrichtungen vonnöten. Wir bieten Multiplikator/innen der Bildungsarbeit (Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen, Sporttrainer/innen u.a.m.) mit Seminaren und Beratungen konkrete Unterstützung bei der Erweiterung ihrer Methoden und Handlungsoptionen für den Umgang mit politisch motivierter Militanz und Demokratiefeindlichkeit im Klassenzimmer, auf dem Sportplatz und in der Jugendeinrichtung an. Die Stärkung der Handlungskompetenz dieser Fachkräfte steht dabei im Fokus sowie die Fragen:

- Warum radikalieren sich Jugendliche und junge Erwachsene?
- Wie können oder sollten Sie mit Jugendlichen im Radikalisierungsprozess umgehen?
- Welche Methoden gibt es, um mit Jugendlichen zu Militanz, Extremismus oder Radikalisierung ins Gespräch zu kommen?
- Welche spezifischen Anforderungen bestehen in den unterschiedlichen Bereichen Schule, Sport und Sozialarbeit?

Die BBS »Annedore« hat dazu einen Ansatz entwickelt, um Erscheinungsformen ideologisch motivierter Gewaltbereitschaft und militanter Systemfeindlichkeit im Zusammenhang mit neuesten Erkenntnissen der Sozialpsychologie zu bearbeiten. Dabei werden diese Erscheinungsformen nicht nach Phänomenbereichen "rechts", "Ausländer" und / oder "islamistisch" getrennt und beziehen insbesondere den Phänomenbereich "links" / "Linke Militanz" mit ein. Dieser Ansatz ist sowohl vor dem Hintergrund multidimensionaler Konfliktlagen in der Einwanderungsgesellschaft, als auch im Hinblick auf die Wechselwirkungen, mit denen sich diese Phänomene entwickeln und ineinander überzugehen scheinen, notwendig.

### Kontakt:

Stiftung SPI

Beratungs – und Bildungsstelle »Annedore«

für Demokratie, Recht und Freiheit (BBS »Annedore«)

Samariterstraße 19 - 20

10247 Berlin

Ansprechperson: Dr. Juliette Brungs

[annedore@stiftung-spi.de](mailto:annedore@stiftung-spi.de)





Die Dokumentation wurde erstellt durch das  
Fachforum im Bundesprogramm "Demokratie leben!"

c/o  
Forschungsinstitut Betriebliche Bildung gGmbH (f-bb)  
Wichmannstraße 6  
10787 Berlin

Kontakt: [Fachforum@f-bb.de](mailto:Fachforum@f-bb.de)  
Martin Schubert / Dr. Barbara Kiepenheuer-Drechsler / Henriette Freckmann /  
Dr. Roya Moghaddam / Andrea Heiderhoff